Das Informationsweiterverwendungsgesetz (IWVG) und seine konkreten Auswirkungen auf die Archive

28. Fortbildungsseminar der BKK in Halle (Saale),
27. bis 29. November 2019

Prof. Dr. Michael Scholz

Rechtsgrundlage

- Richtlinie 2003/98/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom **17. November 2003** über die Weiterverwendung von Informationen des öffentlichen Sektors (PSI-Richtlinie)
- Änderung durch Richtlinie 2013/37/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom **26. Juni 2013** (u.a. Erweiterung auch Archive, Bibliotheken und Museen)
- Neufassung durch Richtlinie (EU) 2019/1024 des Europäischen Parlaments und des Rates vom **20. Juni 2019** über offene Daten und die Weiterverwendung von Informationen des öffentlichen Sektors

Rechtsgrundlage

Umsetzung in nationales Recht:

- **Informationsweiterverwendungsgesetz vom 13. Dezember 2006** (BGBl. I S. 2913), geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 8. Juli 2015 (BGBl. I S. 1162)

Umsetzung der Richtlinie (EU) 2019/1024 in nationales Recht bis 17. Juli 2021

Ziele des IWG

- durch mehr Transparenz und fairen **Wettbewerb** die Weiterverwendung von Informationen öffentlicher Stellen zu erleichtern
- in nichtdiskriminierender Weise, zeitnah, **ohne überhöhte Entgelte** und **möglichst nicht exklusiv**
- Umsetzung des **Gleichheitsgrundsatzes** sowie **Transparenzvorgaben** für öffentliche Stellen
- Potential dieser Informationen – etwa für elektronische Mehrwertdienste – auszuschöpfen, um so zu **Wirtschaftswachstum** und zusätzlichen Arbeitsplätzen beizutragen

Anwendungsbereich

§ 1 Gegenstand und Anwendungsbereich

(1) Dieses Gesetz gilt für die Weiterverwendung von bei öffentlichen Stellen vorhandenen Informationen, insbesondere zur Bereitstellung von Produkten und Dienstleistungen der digitalen Wirtschaft.

(2) Dieses Gesetz gilt **nicht** für Informationen,

1. an denen kein oder nur ein eingeschränktes Zugangsrecht besteht,
2. die nur bei Nachweis eines rechtlichen oder berechtigten Interesses zugänglich sind, (...)
4. die von Urheberrechten, verwandten Schutzrechten oder gewerblichen Schutzrechten **Dritter** erfasst werden, (...)
6. die im Besitz von Bildungs- und Forschungseinrichtungen sind (...),
7. die im Besitz kultureller Einrichtungen sind, außer öffentlichen Bibliotheken, Museen oder **Archiven** (...)

Anwendungsbereich

§ 1 Gegenstand und Anwendungsbereich

(...)

(3) Die Bestimmungen zum **Schutz personenbezogener Daten** und weitergehende Ansprüche aus anderen Rechtsvorschriften auf Weiterverwendung von Informationen öffentlicher Stellen bleiben **unberührt**.

IWG und Schutzrechte

§ 2a Grundsatz der Weiterverwendung

Informationen, die in den Anwendungsbereich dieses Gesetzes fallen, dürfen weiterverwendet werden. Für Informationen, an denen Bibliotheken, einschließlich Hochschulbibliotheken, Museen oder **Archiven**, Urheber- oder verwandte Schutzrechte oder gewerbliche Schutzrechte zustehen, **gilt dies nur, soweit deren Nutzung nach den für diese Schutzrechte geltenden Vorschriften zulässig ist** oder die Einrichtung die Nutzung zugelassen hat; die **Bedingungen der Nutzung müssen den Vorschriften dieses Gesetzes entsprechen.**

- Archive besitzen in den seltensten Fällen urheberrechtlich begründete Nutzungsrechte an ihren Archivalien.
- Wenn ja, müssen sie Weitergabe nach IWG zulassen.

Nennung von Rechteinhabern

§ 4 Nutzungsbestimmungen

(3) Ist eine Weiterverwendung von Informationen beabsichtigt, auf die dieses Gesetz nach § 1 Absatz 2 Nummer 4 keine Anwendung findet, benennt die öffentliche Stelle den Rechtsinhaber, wenn er ihr bekannt und seine Nennung zulässig ist. Satz 1 gilt nicht für Bibliotheken, einschließlich Hochschulbibliotheken, Museen und Archive.

IWG und archivgesetzliche Schutzfristen

Archivgesetzliche Schutzfristen fallen nicht unter „verwandte Schutzrechte oder gewerbliche Schutzrechte“.

Werden sie deshalb nach IWG obsolet?

IWG und archivgesetzliche Schutzfristen

Archivgesetzliche Schutzfristen fallen nicht unter „verwandte Schutzrechte oder gewerbliche Schutzrechte“.

Werden sie deshalb nach IWG obsolet?

- Grundsätzlich:
§ 1 Abs. 2a IWG: „Ein Anspruch auf Zugang zu Informationen wird durch dieses Gesetz nicht begründet.“

IWG und archivgesetzliche Schutzfristen

Archivgesetzliche Schutzfristen fallen nicht unter „verwandte Schutzrechte oder gewerbliche Schutzrechte“.

Werden sie deshalb nach IWG obsolet?

- Grundsätzlich:
§ 1 Abs. 2a IWG: „Ein Anspruch auf Zugang zu Informationen wird durch dieses Gesetz nicht begründet.“
- Allgemeine Schutzfrist:
§ 1 Abs. 2 Nr. 1 IWG: „gilt nicht für Informationen, 1. an denen kein oder nur ein eingeschränktes Zugangsrecht besteht“

IWG und archivgesetzliche Schutzfristen

Archivgesetzliche Schutzfristen fallen nicht unter „verwandte Schutzrechte oder gewerbliche Schutzrechte“.

Werden sie deshalb nach IWG obsolet?

- Grundsätzlich:
§ 1 Abs. 2a IWG: „Ein Anspruch auf Zugang zu Informationen wird durch dieses Gesetz nicht begründet.“
- Allgemeine Schutzfrist:
§ 1 Abs. 2 Nr. 1 IWG: „gilt nicht für Informationen, 1. an denen kein oder nur ein eingeschränktes Zugangsrecht besteht“
- Schutzfristen für personenbezogenes Archivgut:
§ 1 Abs. 3 IWG: „Die Bestimmungen zum Schutz personenbezogener Daten (...) bleiben unberührt.“

Ausschließlichkeitsvereinbarungen

§ 3a Verbot von Ausschließlichkeitsvereinbarungen

- (1) Regelungen über die Weiterverwendung von Informationen öffentlicher Stellen dürfen keine ausschließlichen Rechte gewähren. Dies gilt nicht, wenn zur Bereitstellung eines Dienstes im öffentlichen Interesse ein ausschließliches Recht über die Weiterverwendung von Informationen erforderlich ist. (...)
- (3) Bezieht sich ein ausschließliches Recht auf die Digitalisierung von Kulturbeständen, soll es für höchstens zehn Jahre gewährt werden. Wird es für mehr als zehn Jahre gewährt, ist die vereinbarte Gewährungsdauer im elften Jahr und danach alle sieben Jahre zu überprüfen.

Ausschließlichkeitsvereinbarungen - Praxisbeispiel

Ein Kommunalarchiv schließt mit einem Anbieter einer genealogischen Plattform einen Vertrag über die Digitalisierung eines Bestandes mit zahlreichen genealogischen Daten. Der Anbieter stellt mit Genehmigung des Archivs die Digitalisate auf seiner Plattform zur Verfügung.

Das Archiv erhält vom Anbieter Digitalisate des Bestandes, soll sich aber verpflichten, denselben Bestand keinem anderen Anbieter zur Digitalisierung zur Verfügung zu stellen und die Digitalisate zehn Jahre nur im Lesesaal vorzulegen.

Ist eine solche Vereinbarung

- a) nach IWG,
- b) nach den üblichen archivgesetzlichen Bestimmungen zulässig?

Prüfung nach IWG

- Es handelt sich um eine Ausschließlichkeitsvereinbarung nach § 3a IWG.
- Es ist davon auszugehen, dass ein öffentliches Interesse an der Digitalisierung besteht.
- Es handelt sich um die Digitalisierung von Kulturbeständen. Eine Ausschließlichkeitsvereinbarung über zehn Jahre ist möglich, eine unbeschränkte nicht. Eine bestimmte Schutzdauer kann erforderlich sein, damit der private Partner die Möglichkeit hat, seine Investition zu amortisieren.
- Eine derartige Vereinbarung ist nach IWG möglich, wenn im elften Jahr eine Überprüfung stattfindet.

Prüfung nach Archivrecht

- Es handelt sich um einen Benutzungsvorgang. Vereinbarungen über die Nutzung von Archivgut außerhalb der archivgesetzlichen Regelungen sind nicht möglich, da diese abschließend sind.
- Die Benutzung ist ein Jedermannsrecht. Ein öffentlich-rechtlicher Benutzungsvorgang unterliegt dem Gleichheitsgrundsatz. Das Benutzungsrecht kann nicht durch privatrechtliche Verträge mit Dritten eingeschränkt werden.
- Ein gleichartiger Benutzungsantrag eines anderen Anbieters muss unter denselben Gesichtspunkten geprüft und entschieden werden.
- Der Anspruch bezieht sich auf die Archivalien. Auf Digitalisaten können Schutzrechte liegen.
- Eine derartige Vereinbarung ist nach Archivrecht äußerst problematisch.

Entgelte und Gebühren

§ 5 Grundsätze zur Entgeltberechnung

(1) Entgelte für die Weiterverwendung von Informationen sind auf die Kosten beschränkt, die durch die Reproduktion, Bereitstellung und Weiterverbreitung verursacht werden.

(2) Absatz 1 ist nicht anzuwenden auf (...)

3. Bibliotheken, einschließlich Hochschulbibliotheken, Museen und **Archive**. (...)

(4) Wenn die in Absatz 2 Nummer 3 genannten öffentlichen Stellen Entgelte verlangen, dürfen die Gesamteinnahmen aus der Bereitstellung von Informationen und der Gestattung ihrer Weiterverwendung in dem entsprechenden Abrechnungszeitraum die **Kosten** ihrer Erfassung, Erstellung, Reproduktion, Verbreitung, Bewahrung und der Rechtklärung **zuzüglich einer angemessenen Gewinnspanne** nicht übersteigen. (...)

Entgelte und Gebühren

- Grundsätzlich sollen mit der Weitergabe von Informationen nur die Kosten für diese Weitergabe abgedeckt werden.
- Kulturerbeeinrichtungen dürfen aber eine angemessene Gewinnspanne einkalkulieren (Quersubventionierung).
- Unklar in Hinblick auf Archive ist der Begriff der Bewahrung. Heißt dies, dass die gesamte Bestandserhaltung in die Entgelte einbezogen werden darf?
- Das öffentlich-rechtliche Gebührenwesen insgesamt bleibt unberührt. Es gelten weiterhin die Kommunalabgabenordnungen.

Fazit

- Für Kommunalarchive, die nach den Archivgesetzen der Länder arbeiten, bringt das IWG wenig Veränderungen.
- In die archivgesetzlichen Standards wird nicht eingegriffen.
- Das IWG macht noch einmal den Gleichheitsgrundsatz in der Benutzung deutlich, den allerdings auch die Archivgesetze beinhalten.
- Begreift man die Herausgabe von Reproduktionen als Teil der Benutzung, so findet sich das IWG im Einklang mit den bisherigen Gepflogenheiten. Eine Verweigerung von Reproduktionen ohne archivgesetzlichen Versagungsgrund ist allerdings nicht mehr möglich.
- Die Forderung einer Publikationsgenehmigung ohne urheberrechtliche Grundlage oder archivgesetzlichen Versagungsgrund ist obsolet.